



Erklärung des Präsidiums der COMECE zur Entscheidung der Europäischen Kommission betreffend die Europäische Bürgerinitiative "My Voice, My Choice"

***Eine Entscheidung, die ernsthafte Bedenken aufwirft:
Anerkennung der Subsidiarität bei gleichzeitiger Ermöglichung
der ausdrücklichen Verwendung von EU-Mitteln für
grenzüberschreitenden Schwangerschaftsabbruch***

Das Präsidium der COMECE begrüßt die Entscheidung der Europäischen Kommission, dem Europäischen Parlament und dem Rat keinen Vorschlag für einen Rechtsakt zur Einrichtung eines neuen Finanzierungsprogramms vorzulegen, wie es von der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) „My Voice, My Choice“ gefordert und vom Parlament unterstützt wurde. Diese Entscheidung anerkennt, die Grenzen der Zuständigkeiten der Europäischen Union zu respektieren und das Subsidiaritätsprinzip zu wahren.

Gleichzeitig bringt die COMECE ihre ernsthafte Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass die Kommission ausdrücklich erklärt, EU-Mittel könnten verwendet werden, um einen grenzüberschreitenden „Zugang zu rechtlich zulässigen, sicheren und erschwinglichen Schwangerschaftsabbruchsdiensten“ zu ermöglichen. Die Kommission verweist insbesondere auf die Möglichkeit, den bestehenden Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) durch Änderungen der nationalen oder regionalen Programme zu mobilisieren.

Der ESF+ wurde ursprünglich geschaffen, um soziale Inklusion zu fördern, Beschäftigung zu unterstützen und Familien – insbesondere solche mit Kindern – vor Armut zu bewahren. Die Umwidmung dieses Finanzinstruments zur Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen, auch für Frauen aus Mitgliedstaaten mit restriktiverem Zugang, entfernt sich von seinem ursprünglichen Zweck und birgt die Gefahr politischer Spannungen anstatt der Stärkung des Zusammenhalts. Ein solcher Ansatz stellt keine echte Unterstützung für Frauen in vulnerablen Situationen dar. Vielmehr benötigen vulnerable Frauen in allen Regionen der Union wirksame soziale, wirtschaftliche und gesundheitliche Unterstützung, die es ihnen ermöglicht, ihre Schwangerschaft, ohne negative soziale oder wirtschaftliche Folgen für sich selbst

oder ihr Kind auszutragen. Daher lehnen wir die Verwendung eines ursprünglich zur Armutsbekämpfung vorgesehenen europäischen Fonds zur Finanzierung grenzüberschreitender Schwangerschaftsabbrüche ab.

Auf der Ebene der Prinzipien und Werte, die das politische Handeln und die Politik der Europäischen Union stets leiten müssen, bekräftigt die COMECE:

Direkter Schwangerschaftsabbruch – das heißt als Ziel oder Mittel gewollt – ist ein schwerwiegender Verstoß gegen das sittliche Gesetz. Dies ist die ständige Lehre der katholischen Kirche. Wissenschaftliche Forschung bestätigt zunehmend, dass mit der Befruchtung ein neuer Mensch entsteht, der eine ihm innewohnende Würde besitzt und des grundlegenden Schutzes bedarf, der jedem menschlichen Leben zukommt.

Die COMECE bekräftigt, dass Europa – wenn es seinen grundlegenden Werten von Menschenwürde, Solidarität und Gleichheit treu bleiben will – konkrete und nachhaltige Unterstützung für Frauen in schwierigen Lebenslagen braucht. Frauen müssen wirklich befähigt werden, Mutterschaft anzunehmen, und dürfen sich niemals aufgrund sozialer oder wirtschaftlicher Zwänge zum Schwangerschaftsabbruch gedrängt fühlen. Politiken, die Mutterschutz, Familienförderung und soziale Inklusion stärken, fördern die Würde der Frau und stärken den Zusammenhalt in der Union.

Abschließend fordern wir nachdrücklich, dass Fragen, die die innewohnende Würde der menschlichen Person, das grundlegende Recht auf Leben und den Schutz der Schwächsten betreffen, im politischen Diskurs weder instrumentalisiert noch für ideologische Zwecke missbraucht werden dürfen.